wollte Schuppen und Schuppeninventar ersetzt haben.

Zunächst bat Beel den Berliner Senat um Schadenersatz — und zwar über den sogenannten Besatzungshaushalt, aus dem etwa von Schutzmacht-Soldaten angerichtete Manöverschäden beglichen werden. Aber die West-Berliner Finanzbehörde sah „keine Rechtspflicht", für das Ost-Feuer West-Geld auszuwerfen.

Und Beels private Versicherung leistete gemäß Police nur Teilvergütung. Sie bezahlte ihm die „zum Hausrat gehörenden Gegenstände" wie Fahrrad und Brennholz. Auf seiner Brandschadenliste standen aber noch ein Paddelboot, eine Zeltplane und verschiedene Edelhölzer.

„Ich möchte sagen, aus Blödsinn" schrieb der DDR-Anrainer nun nach Ost-Berlin und zeigte dort den Leuchtkugel-Volltreffer an: „Ich bitte höflichst darum, den Schaden in angemessener Weise zu ersetzen."

Trotz ungenügender Adressierung („An die DDR-Grenzeinheiten, Berlin") und zum „Erstaunen" des Absenders meldete sich nach einigen Monaten die „Deutsche Versicherungs-Anstalt" der DDR, die namens der Volksarmee die Haftung übernommen hatte.

Rechnungen wurden angefordert und eingehend geprüft. Dann schickten die Ost-Berliner Staatsversicherer dem West-Berliner einen Entschädigungsbescheid über 344 D-Mark-West.

Anfang dieses Monats, ein Jahr nach dem Schuppenbrand, kam schließlich auch Bargeld. Es stammte aus dem Unterkonto 3 (Dienstleistungen) des Interzonenhandels und wurde per DDR-Anweisung von der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main ausgezahlt.

Die DDR hatte damit erstmals einen Schaden beglichen, der von ihrem Territorium aus im Westen angerichtet wurde.

* Todesstreifen mit Wachtturm hinter dem Beel-Grundstück Veltheimstraße 89 im West-Berliner Stadtteil Hermsdorf.



DDR-Anrainer Beel, DDR-Grenze*
Westmark aus dem Osten

GESELLSCHAFT

LEDIGE MÜTTER

Schockierter Sohn

Dreiundzwanzig Jahre lang trug Luise Schöffel, 53, Volksschullehrerin im schwäbischen Herrenberg, das Los einer ledigen Mutter. Dann gründete sie, des Alleinseins müde, einen Verein — den „Verband lediger Mütter e. V."

Als Geburtshelfer ohne Wissen dienten dem Verband

- ein Lehrer — er hatte in seiner Schulklasse beim Gemeinschaftskundeunterricht das Thema „Die Familie" behandelt und den damals zehnjährigen Schöffel-Sohn mit der Aussage schockiert, uneheliche Kinder würden „meistens Verbrecher", und
- ein Dekan — er hatte einige Jahre später den jungen Schöffel, als dieser sich zum Konfirmandenunterricht anmeldete, mit Fragen nach dem Vater traktiert.

Beide Male zeigte sich der Schöffel-Sohn wochenlang verstört. Seitdem sann Mutter Schöffel: „Kann man denn nichts tun, um wenigstens die Kinder aus der Diskriminierung 'rauszulassen? Die Kinder können ja nichts dafür, daß sie da sind." Und die Lehrerin fand, auch der Stand der ledigen Mütter selber sei einiger Hilfe bedürftig.

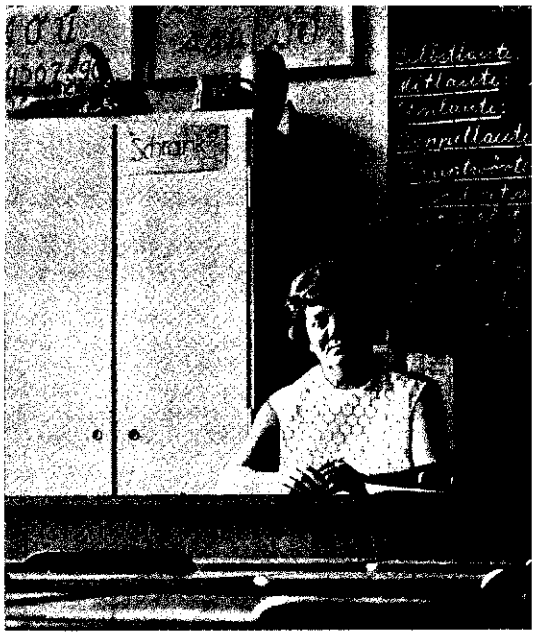
Es ist ein Stand, dessen sich — trotz seiner großen Zahl — bislang keine Lobby angenommen hat. Ledige Mädchen gebaren im Bundesgebiet im vorigen Jahr fast 48 000, in den zwei Nachkriegsjahrzehnten von 1946 bis 1966 rund 1,4 Millionen uneheliche Kinder — etwa acht Prozent des gesamten Nachwuchses.

Der bundesamtlichen Statistik zufolge gibt es gegenwärtig allein im Minderjährigen-Alter immerhin noch 850 000 bis 900 000 unehelich geborene Bundesbürger. Den wenigsten bleibt gesellschaftliche Diskriminierung erspart. Und selbst ein unehelicher Sproß, der es als Willy Brandt bis zum Berliner Bürgermeister und zum Bonner Außenminister brachte, muß sich taktlose Anspielungen politischer Gegner gefallen lassen.

„Ich selbst habe ja den vollen Rückhalt meines Elternhauses gehabt", erinnert sich die ledige Mutter Luise Schöffel.

„Viele in gleicher Lage", so die Ledigen-Lobbyistin, „sehen sich aber kurzerhand zum ‚unanständigen Mädchen' abgestempelt. Beim Mann hingegen gilt das uneheliche Kind als Kavaliersdelikt. Und diese Herren-Magd-Moral ist noch immer die Grundlage unseres Unehelichen-Rechts."

Um das zu ändern, schritt die resolute Unverheiratete, Abkömmling einer Mannheimer Sozialistenfamilie



Verbandsgründerin **Luise Schöffel**
Lobby der Ledigen

und Mitglied der „Humanistischen Union" (SPIEGEL 22/1967), in diesem Frühjahr zur Tat: Ende April ließ sie für zusammen 68,30 Mark in die „Stuttgarter Zeitung", den „Mannheimer Morgen" und den „Schwarzwälder Boten" ein Chiffre-Inserat einrücken: „Ledige Mütter! Schließen wir uns in einem Verband zusammen!"

Mitte Juli war der Verband gegründet und Luise Schöffel Präsidentin. Gegen welche Vorurteile die Frauenbewegung ankämpfen muß, erhellt ein anonymes Schreiben, das Luise Schöffel aus der bayrischen Landeshaupt- und „Weltstadt mit Herz" bekam: „Es ist eine Schande, daß Sie als Lehrerin ein uneheliches Kind haben und eine Unverschämtheit ohnegleichen, auch noch einen Verband solchener sittenloser Weiber zu gründen!"

Die Regierung in Bonn suchen Luise Schöffel („Wir gehen davon aus, daß es immer ledige Mütter und ledige Kinder geben wird") und ihre Mitstreiterinnen — mittlerweile sind es 60 — zunächst zu Rechtsreformen zu bewegen, etwa derart, daß

- sich Unterhaltszahlungen der unehelichen Väter nach den Aufwendungen für eheliche Kinder und nach dem wirtschaftlichen Status des Vaters, nicht mehr nach dem der ledigen Mutter richten,
- uneheliche Kinder auch erbrechtlich ehelichen gleichgestellt werden (eine Forderung, die allerdings schon in einem Gesetzentwurf zum Unehelichen-Recht berücksichtigt ist) und
- Name und Beruf des Vaters im Geburtsregister und auf der Geburtsurkunde des unehelichen Kindes eingetragen werden; das Kind soll ferner den Vaternamen an seinen (Mutter-)Namen anhängen können.

Öffentliche Verbandstage und Demonstrationen der ledigen Mütter plant die Vereinsgründerin nicht. Luise Schöffel: „Wir würden vielleicht angepöbelt."